Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion BL
Amt für Volksschulen
zHv. Hrn. Claudio Bernet
4410 Liestal

Versand per E-Mail an claudio.bernet@bl.ch

Vernehmlassung zur Landratsvorlage betreffend

Änderung des Bildungsgesetzes – Neuregelung des kantonalen Schuldienstes für die schulpsychologische Abklärung und Beratung von Schülerinnen und Schülern

Sehr geehrte Frau Regierungsrätin Gschwind
Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, zum Entwurf erwähnter Landratsvorlage Stellung zu nehmen, wofür wir Ihnen bestens danken.

Bis 2022 hatte der Kanton die schulpsychologischen Leistungen der Kinder- und Jugendpsychiatrie (KJP) als gemeinwirtschaftliche Leistung abgegolten. Die KJP galt und gilt neben dem schulpsychologischen Dienst (SPD) ebenfalls als kantonaler Schuldienst. Ab 2023 hat der Kanton die Abgeltungen eingestellt. Allerdings war die KJP weiterhin als kantonaler Schuldienst tätig, jedoch übertrug sie schrittweise ihre schulpsychologischen Leistungen an den SPD. Diese baute dafür 3 Vollzeitstellen auf. - Per Januar 2026 wird nun die KJP ihre schulpsychologischen Leistungen aufgrund fehlender Ressourcen ganz einstellen und sich kernaufgabenmässig auf die psychiatrischen Probleme von Kindern und Jugendlichen zurückziehen.

Aufgrund dieser Ausgangslage soll das Bildungsgesetz dahingehend geändert werden, dass die KJP darin nicht mehr als kantonaler Schuldienst aufgeführt ist, sodass nunmehr alleine der SPD die schulpsychologischen Aufgaben wahrnimmt. Ab 2026 wird der SPD 740 zusätzliche Fälle zu betreuen haben, was eine weitere Aufstockung um 2 Vollzeitstellen bedingt.

Die FDP ist mit der vorgelegten Änderung des Bildungsgesetzes einverstanden.

Der Rückzug der KJP aus der schulpsychologischen Arbeit ist zu akzeptieren und macht sachlich auch Sinn. Für die Kantonsverwaltung bedeutet er eine markante Stellenausweitung, die jedoch auch auf die massive Zunahme von Betreuungsfällen zurückzuführen ist.

Die ab 2026 zusätzlich anfallenden Personalkosten von CHF 666'000 und ab 2027 sodann von CHF 849'000 sind die letzte Konsequenz der seit 2023 insgesamt aufgebauten 5 Vollzeitstellen. Interessant dazu wäre ein Vergleich zwischen der Einsparung durch die erfolgte Aufhebung der Abgeltung an die KJP einerseits und der Aufwandssteigerung aufgrund des Schulpsychologie-Transfers an den SPD andererseits. Zu berücksichtigen wären dabei jedoch die zwischenzeitlichen Fallzunahmen.

In diesem Zusammenhang regen wir an zu prüfen, ob und wie weit schulpsychologische Arbeit nicht auch outgesourct werden kann. Dies könnte den langen Wartezeiten für eine schulpsychologische Abklärung entgegenwirken und dürfte auch kostengünstiger sein.

Zum Stichwort Fallzunahmen möchten wir abschliessend unserer grossen Sorge Ausdruck geben, wie es um die psychische Gesundheit eines wachsenden Teils unserer Kinder und Jugendlichen steht und stehen wird. Wie diese besorgniserregende Entwicklung zu bremsen, zu stoppen oder gar umzukehren ist, ist fachlich und politisch äusserst unklar und bleibt eine der grossen Herausforderungen unserer Zeit.

Wir danken Ihnen für die wohlwollende Würdigung unserer Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüssen

FDP.Die Liberalen Baselland

Melchior Buchs
Präsident

Andreas Dürr
Fraktionspräsident

Ersteller: Fachkommission Bildung, Kultur & Sport, Daniel Schwörer